

Neujahrsempfang 12.01.2026

Meine sehr geehrten Damen und Herren ich begrüße Sie alle nochmals sehr herzlich hier im Treffpunkt Stadtmitte zum Neujahrsempfang der Stadt.

Warum sollte man angesichts der aktuellen Weltlage mit scheinbar immer mehr werdenden Kriegen und Konflikten, mit weiterhin großem Flüchtlingselend und Hunger eigentlich immer noch zuversichtliche und hoffnungsreiche Neujahrsansprachen produzieren? Warum sollte man das tun, wenn dieser Zustand einerseits von autoritären und autokratischen Regimen verursacht wird, wir aber andererseits aufgrund unseres nach wie vor ungebremsten Konsumverhaltens ebenfalls viel dazu beitragen? Warum sollten solche Reden gehalten werden angesichts der fortschreitenden Klimakrise, die trotz der bereits immer stärker spürbaren Auswirkungen nicht eingedämmt wird und der in unserem eigenen Land schlechter werdenden Wirtschaftsdaten?

Diese Frage treibt mich in jedem Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr um. In jedem Jahr habe ich Sorge ob es mir gelingen wird Zuversicht und Hoffnung zu verbreiten, wie dies richtigerweise von einem Bürgermeister für seine Kommune erwartet wird. Und in jedem Jahr geschieht das Weihnachtswunder, dass mitten hinein in dieses Chaos, das wir selbst produzieren dieses Licht der Hoffnung dringt und die Überzeugung wächst, dass es sich jedes Jahr aufs Neue lohnt zuversichtliche Sätze in dieser Rede zu formulieren.

Und es gibt ja tatsächlich so viel hoffnungsvolles und Zuversicht Verbreitendes. Zum Beispiel das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt zu betrachten und sich darüber zu freuen, wie Menschen sich für Menschen engagieren und Gutes tun.

Seien es die Übungsleitungen in den Sportvereinen, die einer großen Zahl von Kindern und Jugendlichen die Werte des Sports vermitteln und dabei auch noch erhebliches zur Gesundheitserhaltung der Menschen beitragen. Oder die ehrenamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in den musiktreibenden Vereinen, die den Kindern und Jugendlichen die Freude am Musizieren vermitteln und dabei so wichtige Dinge wie Gemeinsinn, oder Rücksichtnahme aufeinander, gemeinsame Erfolgserlebnisse, Disziplin und auch gemeinsam zu ertragende Misserfolge kennen zu lernen.

Nehmen wir die, die sich sozial engagieren, ob in der Jugendarbeit, in der Seniorenarbeit, in der Arbeit mit geflüchteten Menschen, Menschen die einfach helfen wollen in dem sie den Bürgerbus fahren, oder Nähmaschinen reparieren. Menschen die jetzt zu Weihnachten ihre freie Zeit geschenkt

haben um anderen Menschen die Einsamkeit zu nehmen. Menschen die Kindern in der Herzaktion eine Freude bereitet haben, die ansonsten keine Geschenke zu Weihnachten bekommen hätten. So viele in unserer Stadt, die Gemeinsinn leben, dabei fast immer Fröhlichkeit ausstrahlen und eben diese Hoffnung und Zuversicht.

Ich danke Ihnen allen sehr herzlich, ob sie sich für den Klimaschutz, den Umweltschutz, den Erhalt unserer Landschaft, die Wanderwegepflege oder in sonst irgendeinem Bereich engagieren. Ob sie Geschichte aufarbeiten und Stolpersteine verlegen, ob Sie unsere Städtepartnerschaften pflegen, oder ob sie einfach nur über unsere Gemarkung gehen und beim Spazieren den Müll anderer Menschen einsammeln und natürlich denjenigen, die politisch Verantwortung tragen im Gemeinderat, oder die in Feuerwehr und Rettungsdiensten 24/7 für unsere Sicherheit, Gesundheit und Geborgenheit sorgen.

Sie alle leisten unglaublich viel für diese Stadt und diese Gesellschaft und machen das Leben in Wendlingen am Neckar für uns alle so lebenswert. Dies alles lässt mich weiterhin hoffnungsfroh und zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Die finanziellen Rahmenbedingungen, auch für die Unterstützung des Ehrenamtes, werden schwieriger. Und dennoch weiß ich, dass sowohl die Stadträtinnen und Stadträte, als auch die Verwaltung es sich zum Ziel gesetzt haben Einsparmaßnahmen im Ehrenamt zumindest nur in dem Maße vorzunehmen, dass wir an den bewährten und wichtigen Strukturen nicht rütteln werden. Natürlich haben wir in guten Jahren auch Unterstützungen gewährt, die über den Erhalt von Strukturen und die dafür erforderliche Wertschätzung hinausgehen. In solchen Bereichen werden wir alle damit leben müssen, dass das eine oder andere in der Zukunft nicht mehr so möglich sein wird, wie wir das bisher gewohnt waren. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir, wie bei allen anderen Dingen auch, dafür gute gemeinsame Lösungen finden werden.

Wir haben in den guten Jahren erheblich in unsere Infrastruktur investiert und können deshalb jetzt einige Jahre Investiv auch auf Sparflamme fahren. Gleichzeitig bin ich der Auffassung, dass die öffentliche Hand immer auch antizyklisch handeln sollte und dann, wenn private Aufträge seltener werden die Wirtschaft mit öffentlichen Aufträgen unterstützen muss.

Diesen Balanceakt werden wir auch im Jahr 2026 fortsetzen in dem wir sparsam und wirtschaftlich nur die Dinge in Angriff nehmen, die entweder zwingend erforderlich sind, oder die aus Fördergründen und um die Stadtentwicklung am Laufen zu halten sinnvollerweise jetzt angegangen

werden sollten. Im Haushaltsplanentwurf der Stadt haben wir deshalb lediglich Investitionen mit rund 6,5 Millionen € vorgesehen. Ob dies so bleibt, werden die weiteren Haushaltsplanberatungen zeigen. Die Hochzeiten der Investitionen, als die Stadt rund 12 Millionen € pro Jahr in die Hand genommen und beispielsweise das Holzparkhaus am Bahnhof errichtet hat sind zumindest vorläufig vorbei. Dies gilt insbesondere deshalb, weil wir das Bildungszentrum am Berg, also das Robert Bosch Gymnasium und die Johannes Kepler Realschule, umfassend sanieren müssen und auch wollen und diese Investitionen uns in den kommenden zehn -zwölf Jahren dauerhaft beschäftigen werden.

Der Bereich der Bildung ist weiterhin **der** Arbeitsschwerpunkt in unserem kommunalpolitischen Handeln.

Dies gilt sowohl für unsere Schulen, als auch für unsere Kindertageseinrichtungen. Wir werden die Ludwig Uhland Grundschule, die Gartenschule und die Anne Frank Schule in diesem Jahr in den Ganztagesbetrieb bringen und dies qualitativ so, dass möglichst viele von der Sinnhaftigkeit einer Ganztagesgrundschule überzeugt sind und ihre Kinder im Wahlmodell anmelden werden.

Ich glaube, dass dies ein guter Schritt ist, weil wir die Voraussetzungen schaffen wollen, dass alle Kinder im Grundschulalter die gleichen Chancen für eine gute Bildung erhalten. Dies können wir im Verbund mit unseren Schulleitungen am besten dadurch gewährleisten, dass wir den Kindern über einen längeren Zeitraum Bildungsinhalte vermitteln.

Dies bedeutet aber ganz ausdrücklich nicht, dass die Grundschulkinder einem größeren Leistungsdruck ausgesetzt werden, sondern im Gegenteil sie dieselben Bildungsinhalte die sie bisher erhalten haben nun mit der Chance auf größere Pausen vermittelt bekommen. Dies verbessert die Lernfähigkeit und eröffnet mehr Chancen auf ein breiteres Spektrum bei außerschulischen Angeboten

Der große Vorteil, auch für die Eltern besteht darin, dass Schule inklusive der Hausaufgaben mit Ende der Schulzeit um 15:00 Uhr auch tatsächlich für alle abgeschlossen ist und anschließend die Zeit für eine wirkliche Freizeitgestaltung zur Verfügung steht. Ich hoffe das es uns gemeinsam gelingt diese Vorteile zu vermitteln. Hierzu ist selbstverständlich auch eine gute Mittagessenversorgung in allen Schulen erforderlich.

Wir können das eingeführte und hervorragende Modell der Mensa am Bildungszentrum am Berg leider nicht eins zu eins auf alle anderen Schulen übertragen, weil dies nur mit dem einzigartigen ehrenamtlichen Engagement der Eltern dort möglich ist. Deshalb brauchen wir für die anderen Schulen und unsere Kindertageseinrichtungen ein gleichermaßen gesundes, wie auch gut schmeckendes Essen, das dazu hin noch zu einem Preis angeboten werden kann, der von allen Eltern aufgebracht werden kann.

Dieser schwierigen Aufgabe haben wir uns gestellt. Die Ausschreibung wird noch im Januar gestartet, sodass wir davon ausgehen, mit Inbetriebnahme der neuen Mensa an der Gartenschule auch alle anderen Kindertageseinrichtungen und Schulen, mit Ausnahme des Bildungszentrums, in diesem System ab dem Schuljahr 2026/27 versorgen zu können.

Zum Bildungsbereich gehört natürlich auch der gesamte Bereich der vorschulischen Bildung. Kindertageseinrichtungen sollen mehr sein als eine gute Betreuung. Sie sollen eben Bildungseinrichtungen sein. Diese gemeinsame Erkenntnis haben wir nicht erst seit heute, sondern sie leitet unser Handeln bereits in den letzten 25 Jahren. Deshalb war es für uns auch wichtig, dass wir längere Öffnungszeiten in unseren Kindertageseinrichtungen auch wieder mit eigenen pädagogischen Fachkräften erreichen wollen.

Dies schmälert in keiner Weise die hervorragende Arbeit, die in den Malteser Spielgruppen geleistet wird. Ich sage das an dieser Stelle nochmals in aller Deutlichkeit weil ich weiß, dass durch die Diskussion über eine mögliche Beendigung der Verträge mit den Maltesern in unseren Kindertageseinrichtungen in Teilen ein anderer Eindruck entstanden ist.

Ich bin den Maltesern sehr dankbar dafür, dass Sie uns in sehr schwierigen Zeiten, als wir nicht mehr in der Lage waren längere Öffnungszeiten in unseren Kindertageseinrichtungen mit eigenem Personal stemmen zu können schnell, unbürokratisch und vor allem pragmatisch geholfen und die genannten Spielgruppen eingerichtet haben. Diese Spielgruppen wurden auch sehr gut angenommen. Aber sie können natürlich nicht vollumfänglich die Bildungsarbeit von pädagogischem Fachpersonal ersetzen.

Wir stellen heute allerdings fest, dass aus welchen Gründen auch immer die Nachfrage nach längeren Öffnungszeiten ohnehin deutlich abnimmt. Wir analysieren diese Situation, vergleichen Sie mit anderen Kommunen und versuchen dadurch zu einem Ergebnis bezüglich der Gründe zu kommen. Ich bin mir darüber im Klaren, dass die Kosten für die Eltern in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen zumindest in dem Bereich sehr stark gestiegen sind in denen Eltern in der neu eingerichteten Einkommensstufe vier eingeordnet werden.

Wir haben uns im Gemeinderat gemeinsam zu diesem Schritt entschieden um Familien mit geringerem Einkommen und vor allem auch Familien mit mehreren Kindern unter 18 Jahren finanziell entlasten zu können.

Ob diese Maßnahme ein Grund für das zurückgehende Interesse ist, oder ob es andere Einflüsse gibt, wie beispielsweise die schwieriger werdende

Arbeitsmarktsituation, oder ein starker Trend wieder mehr Zeit für die eigene Kinderbetreuung aufzubringen, können wir noch nicht sagen. Wir werden aber unser Angebot kritisch hinterfragen und darüber mit dem Gemeinderat im Frühjahr 2026 nochmals ins Gespräch gehen.

Sie sehen, dass wir laufend bemüht sind unsere Angebote im Bildungsbereich sich verändernden Lebensumständen der Menschen anzupassen und gleichzeitig für die öffentliche Hand bezahlbar zu halten. Die zurückgehende Nachfrage war auch der Grund den Bau des neuen Kindergartens im Steinriegel zunächst zu verschieben und nicht wie berichtet wurde, weil wir die finanziellen Mittel für den Bau nicht haben. Wir bauen keine Infrastruktur, die wir evtl. nicht benötigen. Das hat nichts mit Sparmaßnahmen zu tun, sondern mit gesundem Menschenverstand.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten das Leistungsspektrum von öffentlichen Verwaltungen auf allen staatlichen Ebenen immer weiter ausgedehnt. Wir haben für immer mehr Wechselfälle des Lebens Angebotsstrukturen geschaffen, die Menschen unterstützen wenn sie in schwierigen Lebenslagen sind, aber eben auch weit darüber hinaus.

Wir haben durch pauschale Förderungen versucht Anreize zu setzen, um bestimmte Verhaltens- und Lebensweisen zu befördern. Das ist politisch opportun, stößt aber an seine Grenzen, wenn jede neue Regierung wieder neue Anreize setzt, ohne die Alten abzuschaffen. Wir müssen uns gesellschafts- und sozialpolitisch die Frage stellen, ob dieser Weg richtig war und insbesondere ob er auf Dauer finanziell durchhaltbar ist.

Ich für mich bin zur Überzeugung gekommen, dass wir uns wieder viel stärker darauf konzentrieren sollten den Menschen, die in Notlagen geraten sind mit Unterstützungsangeboten zu helfen und allgemeine Hilfen an alle Menschen unabhängig davon, ob sie sie finanziell benötigen oder nicht, wieder deutlich zurückzufahren.

Wir stärken damit auch das Bewusstsein der Menschen, dass sie in aller erster Linie selbst für die Gestaltung ihres Lebens verantwortlich sind und dass sie die Schwierigkeiten, die in jedem Leben völlig normal immer wieder auftreten auch mit eigenen Mitteln und aus eigener Anstrengung heraus bewältigen müssen. Ich habe dies auch in den vergangenen Jahren immer wieder betont.

Wir müssen wieder deutlicher machen, dass ein gutes Leben nicht unbedingt ein Leben ohne jedes Problem und Herausforderungen darstellt, sondern dass gerade die erfolgreiche Bewältigung von Problemen und Herausforderungen im Endeffekt zu einer großen Lebenszufriedenheit führt,

auch wenn es in der akuten Situation zuweilen über unsere Kräfte zu gehen scheint.

Es wird Überforderungssituationen in jedem Leben geben, die nicht staatlicherseits aufgefangen werden können und nach meiner Überzeugung auch nicht sollen. Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen bedeutet eben auch sich zuweilen allein solchen Herausforderungen stellen zu müssen und sie erfolgreich zu bewältigen. Der Satz „You'll never walk alone“ ist und bleibt in diesem Zusammenhang und mit der Betonung auf das Wort „never“ falsch.

Ich bin sicher, dass jeder und jede in seinem persönlichen Umfeld Menschen kennt, die ähnlichen schwierigen Situationen wie sie selbst ausgesetzt waren und die ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es darum geht diese zu bewältigen.

Ob es hierfür in jedem Fall staatliche Institutionen braucht, daran würde ich ein Fragezeichen setzen, weil es finanziell nicht leistbar ist und weil es vor allem gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht von Vorteil ist.

Demgegenüber sollten wir es aber tunlichst unterlassen für Menschen, die in der Tat mit der Bewältigung ihrer Herausforderungen überhaupt nicht mehr zurechtkommen Leistungen zu kürzen, oder gar zu streichen.

Es ist aus meiner Sicht die vornehmste Aufgabe eines Gemeinwesens diesen Menschen, die aus welchem Grund auch immer weit überdurchschnittlich mit Belastungen zu kämpfen haben, aus der Gemeinschaft heraus auch finanziell Unterstützung zukommen zu lassen.

Was die größten Bauvorhaben in Wendlingen am Neckar anbelangt haben sie sicherlich der Presse schon entnehmen können wo die Schwerpunkte im kommenden Jahr liegen werden. Wir stellen mit dem Neubau des Wasserwerks im Bereich der Wasserfassung Schäferhausen dauerhaft eine gute Trinkwasserversorgung unsere Kommune sicher. Dies wird in der Zukunft noch dringlicher werden als in der Vergangenheit. Wir erleben derzeit die ersten Auswirkungen von Trinkwassermangel, wo in manchen Kommunen Wasser rationiert werden muss und für bestimmte Zwecke auch nicht mehr verwendet werden darf.

In dieser Situation sind wir zum Glück nicht. Wir müssen aber sicherstellen, dass unsere drei aktiven Quellen ebenso dauerhaft gesichert sind wie der Bezug von Bodenseewasser über die Landeswasserversorgung.

Wir investieren deshalb in jedem Jahr in unser Verteilsystem. Im kommenden Jahr wird dies im Bereich „Städtle“ und Panoramastraße durch den Austausch von Wasserleitungen der Fall sein. Gleichzeitig wird es, wie gesagt, einen Neubau der technischen Vorrichtungen zur Wasseraufbereitung und Wasserverteilung in Schäferhausen geben.

Wir bereiten des Weiteren, wie erwähnt, die Sanierung unserer Bildungsinfrastruktur vor, damit wir dauerhaft beste Voraussetzungen für eine gute Bildung unserer Kinder liefern können.

Wir investieren im Bereich der Wärmeversorgung für die Sicherstellung einer dauerhaften Nahwärmeversorgung in Teilbereichen unserer Stadt, auch nach Beendigung des fossilen Zeitalters und wir bauen zum selben Zweck unsere Stromerzeugungsanlagen aus. Mittels Photovoltaik auf städtischen Gebäuden, und auch wie im letzten Jahr durch die Ausstattung der Lärmschutzwand an der A8 mit Photovoltaikmodulen, oder einer Freiflächenanlage im Speck. Im Übrigen entwickeln wir insbesondere in unseren Gewerbegebieten Bebauungspläne weiter, um unseren Unternehmen, bei denen ich mich ganz ausdrücklich für ihre Standorttreue und ihre hervorragende Zusammenarbeit bedanken möchte Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Wir stellen uns auch einer neu hinzukommenden Aufgabe, nämlich der Sicherung der ärztlichen Versorgung in unserer Stadt, kämpfen wie zuletzt im Falle des Kinderarztsitzes um jeden Arztsitz für Wendlingen am Neckar, müssen aber auch feststellen, dass sich die Struktur der ärztlichen Versorgung verändern wird und zwar in Richtung der Mittelzentren.

Ich denke wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass Fachärzte weitgehend nur noch in diesen Mittelzentren Sitze unterhalten, weil dezentrale Strukturen in der Ärzteschaft immer weniger gefragt sind und der Trend zu Gemeinschaftspraxen und medizinischen Versorgungszentren unvermindert weitergeht.

Uns liegt in erster Linie daran die hausärztliche Versorgung für in der Mobilität eingeschränkte Menschen hier vor Ort zu sichern. Zu diesem Zweck haben wir gemeinsam mit den Eigentümern Nachbargebäudes, Frau Benner, seien Sie herzlich willkommen, auch das Projekt „Tor zur Innenstadt“ gestartet, wo wir im Bereich der Albstraße /Weberstraße eigene Angebote für Ärztinnen und Ärzte machen möchten um sich dort niederzulassen und damit die hausärztliche Versorgung in unserer Stadt dauerhaft sicherzustellen.

Wir tun dies, obwohl es nicht zu den Aufgaben einer Kommune gehört diese Versorgung sicher zu stellen. Wir tun dies in der Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern, obwohl wir hier wieder als

Reparaturbetrieb eines in Teilen dysfunktionalen Gesundheitssystems wirken. Ich hoffe sehr, dass die aktuell auf den Weg gebrachten Änderungen den Ärztinnen und Ärzten wieder auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen bieten werden, so dass sie nicht mehr auf unsere Unterstützung angewiesen sind.

Ich sage dies auch weil ich weiß, dass von Ärztinnen und Ärzten gegenüber Patientinnen und Patienten auch Kritik geäußert wird, die Stadt würde sich zu wenig um die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung bemühen.

Dieses „zu wenig Bemühen“ einer Stadtverwaltung bedeutet dann, dass es nicht gelingt Praxisräume zu Billigstmieten zu vermitteln, die aber ansonsten alle Anforderungen erfüllen, die man sich selbst für seine Praxisräume vorstellt. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass wir es nicht schaffen zu zaubern.

Ich bitte dabei zu bedenken, dass es sich bei Ärzten eben auch um Freiberufler handelt die, so meine ich selbst dafür verantwortlich sind Ihr Arbeitsumfeld so zu gestalten, dass es nicht nur den eigenen Anforderungen genügt, sondern auch eine ärztliche Versorgung vor Ort sicherstellt.

Finanzielle Unterstützungsleistungen der Kommunen in diesem Bereich fallen genau unter den Gesichtspunkt, den ich vorher genannt habe. Wir können es uns auf Dauer nicht leisten Menschen finanziell zu unterstützen, die eigentlich unsere finanzielle Unterstützung nicht brauchen, nur um strukturelle Entwicklungen erreichen zu können, die unseren eigenen Vorstellungen einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung entsprechen.

Wenn es für freiberuflich tätige Menschen unwirtschaftlich ist sich in Kommunen der Größenordnung von Wendlingen am Neckar niederzulassen, dann werden wir das auf Dauer auch durch Einsatz von noch so viel öffentlichem Geld nicht ändern können. Wir müssen den Menschen klar machen, dass sie dann ihr eigenes Verhalten den sich verändernden Gegebenheiten anpassen müssen.

Dies gehört zu den Zumutungen, die wir jedem Einzelnen auch wieder abverlangen müssen. Hier als Kommunen in einen vorübergehenden Wettbewerb einzutreten hat uns unter anderem genau in die finanziell schwierige Situation gebracht in der wir heute als Kommunen insgesamt stehen. Es gibt Kommunen im Landkreis, die kaum noch ihre Pflichtaufgaben erledigen können, aber Ärztinnen und Ärzten Ansiedlungsprämien von 100.000 Euro und mehr bezahlen. Aus meiner Sicht sind das völlig falsche Signale.

Auch ein eher fragwürdiges Signal ist es im Übrigen nach wie vor Bürgerinitiativen zu unterstützen, die eine Bündelung des Fluglärms im Neckartal fordern. Ich habe bereits im vergangenen Jahr dazu deutlich meine Meinung gesagt. Ich würde mir wünschen, dass der derzeit laufenden Unterschriftensammlung in Nürtingen auch einmal eine Unterschriftensammlung im Neckartal entgegen gesetzt würde um deutlich zu machen, dass wir ein Festhalten am derzeitigen Kompromiss in der Verteilung der Flüge auf die verschiedenen möglichen Flugrouten als das Mindeste ansehen, was wir hier im Neckartal als Entlastung von den ständig steigenden Lärmbelastungen erwarten dürfen. Wir alle sorgen gemeinsam für diesen Lärm, und wir müssen ihn dann auch alle gemeinsam aushalten.

Kompromisse gehören zum Wesen einer Demokratie. Am Ende müssen sich dann aber auch alle an die gefundenen Kompromisse halten und diese akzeptieren. Ansonsten regiert das Recht des Stärkeren, oder des Lautesten.

Dies bringt mich zu einem Thema, das uns alle schon seit vielen Jahren umtreibt und für das wir noch keine wirklich befriedigende Antwort gefunden haben. Wir alle fragen uns, warum die Demokratie in unserem Land immer stärker unter Druck gerät und es immer mehr Menschen zu geben scheint, die sich autokratische Strukturen wünschen, weil sie sich ganz offensichtlich davon bessere und schnellere Lösungen von Problemen und Herausforderungen erwarten.

Immer wieder ist in der politischen Diskussion zu hören, dass man sich nun radikaleren Parteien zuwendet, weil diese eben nicht nur diskutieren und streiten, sondern Entscheidungen treffen würden.

Dass bei diesen scheinbar einfachen Entscheidungen das ein oder andere Tabu gebrochen und Überzeugungen und Werte, die in der Vergangenheit gegolten haben über Bord geworfen werden scheint nicht nur egal zu sein, sondern wird von vielen sogar ganz ausdrücklich begrüßt.

Wir sind laufend auf der Suche nach dem Grund und dem Rezept wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann und ich bin mehr denn je davon überzeugt, dass es diesen einen Grund nicht gibt. Es handelt sich vielmehr um das Zusammenwirken verschiedener Effekte, die in der Summe eine fatale Auswirkung haben.

Wie schon vor 100 Jahren, als eine medientechnische Revolution, das Radio, dafür gesorgt hat, dass sich Menschen plötzlich weithin Gehör verschaffen konnten, weil sie mit technischen Neuerungen besser umzugehen wussten als andere, passiert dies in den letzten zehn Jahren erneut.

Was vor 100 Jahren die Einführung des Rundfunks und die Möglichkeit, mittels Rundfunkgeräten, politische Botschaften in eine viel größere Verbreitung zu bringen war, ist heute die Nutzung der sogenannten sozialen Medien.

Das Radio hatte eine größere Verbreitung als dies die Zeitungen zuvor geschafft hatten unter anderem auch, weil breite Schichten erreicht werden konnten, die das Medium Zeitung für sich nie genutzt hatten.

Die für mich eher asozialen Medien haben gerade das Ziel äußerst niederschwellig und mit sehr einfachen und kurzen Botschaften möglichst viele Menschen mit Nachrichten zu versorgen. Woher diese Nachrichten stammen und welchen Wahrheitsgehalt sie haben überprüft dabei keiner mehr. Dies führt dazu, dass eigentlich jeder und jede das als Wahrheit in die Welt setzen darf, was man selbst dafür hält oder von dem man möchte dass es andere dafür halten.

Wie auch schon bei der letzten genannten Revolution, so sind es auch dieses Mal vor allem diejenigen, die plakativ angeblich einfache Lösungsansätze für komplexe Probleme propagieren und dabei erkannt haben, dass die asozialen Netzwerke ideal für deren Verbreitung geeignet sind. Ich fürchte, dass alle Bemühungen der etablierten und auf sachliche Diskussion ausgerichteten Parteien diesen Vorsprung nun wieder aufzuholen schwierig werden, weil hier einmal verlorenes Terrain nicht mehr so leicht zurückgewonnen werden kann. Dennoch müssen alle Anstrengungen darauf gelegt werden, auch wenn mir persönlich es völlig zuwider ist, wichtige, aber komplexe Themen in 30 Sekunden abzuhandeln.

Die herkömmlichen Medien machen dazu hin aus meiner Sicht den Fehler, dass sie versuchen in diesem Markt zu überleben in dem sie ebenfalls auf kurze, reißerische und Effekt haschende Überschriften und Themen setzen.

Es kommt in vielen Fällen offensichtlich nur noch darauf an mit einer Nachricht möglichst viele Klicks zu erreichen und nicht mehr darauf eine möglichst sachliche, neutrale und unabhängige Darstellung zu gewährleisten.

Selbstverständlich hat dies ausdrücklich nichts mit Falschmeldungen zu tun und selbstverständlich bietet unsere heutige Presselandschaft nach wie vor die Gewähr einer korrekten Berichterstattung hinter diesen Überschriften. Es kommt aber im Detail auf jede einzelne Formulierung, auch in der Überschrift an.

Ich möchte Ihnen dies an einem Beispiel aufzeigen: Das Wesen der Demokratie besteht darin, dass man sich über unterschiedliche Meinungen und Haltungen austauscht, entweder gemeinsame Linien findet oder, was der Regelfall ist versucht Kompromisse zwischen widerstreitenden Ansichten auszuloten, die dann in der Summe einer möglichst breiten Mehrheit noch gerecht werden.

In früheren Zeiten hat man dies in den Medien als „notwendige Diskussion“, als ein „Ringen um die richtige Meinung“, als eine „Kompromissfindung“ oder ganz klassisch als „politische Debatte“ bezeichnet. Der Begriff der heute vorrangig für diesen völlig normalen, demokratischen Prozess verwendet wird ist der Begriff „Streit“. Schon in der Vorgänger Bundesregierung wurde aus Sicht der Medien eigentlich nur gestritten und dasselbe Muster setzt sich in der heutigen Bundesregierung fort.

Ich halte diese Begriffsbestimmung, die hauptsächlich die Aufmerksamkeit der Leserin und des Lesers auf die Nachricht lenken soll für fatal. In der Öffentlichkeit wird nämlich dadurch der Eindruck vermittelt, als ob es im tagespolitischen Geschehen nur noch um das Streiten gehe und nicht mehr um die Sache.

Wer streitet setzt sich in der Regel nicht mehr mit rationalen Argumenten auseinander, sondern hat sich längst auf eine hoch emotionale Ebene begeben und das macht den Menschen verständlicherweise Angst. Sie erwarten von ihren Politikerinnen und Politikern, dass sie rational, sachlich und mit klarem Kopf um Positionen ringen, diskutieren oder debattieren aber eben nicht unproduktiv streiten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies heute wie früher im politischen Alltag ganz selbstverständlich so ist, ob es um das Thema Bürgergeld versus Grundsicherung geht, oder um die Frage wie eine Rentenformel zu formulieren ist, die sicherstellt, dass unser staatliches Rentensystem noch lange seiner Aufgabe nachkommen kann.

Durch die ständige Darstellung dieses politischen Ringens als „Streit“ wird aber in der Öffentlichkeit ein völlig anderer Eindruck vermittelt. Ich habe grundsätzlich Verständnis dafür, dass Medien durch diese Wortwahl versuchen mehr Aufmerksamkeit für sich und ihre Nachricht zu erlangen. Ich muss aber feststellen, dass sie gleichzeitig dadurch mit dazu beitragen, dass dies unsere Demokratie in ihren Grundfesten erschüttert.

Es ist aber nicht diese Entwicklung allein, die dafür sorgt dass diese Demokratie unter Druck gerät. Es ist auch das Verhalten unserer politischen Parteien, die sich ständig um die Frage drehen: „Wie können wir den

Stimmenanteil der Parteien, die Werte unserer Demokratie eher infrage stellen als sie zu unterstützen und damit die freiheitlich demokratische Grundordnung in Gefahr bringen reduzieren“?

Stattdessen sollte man sich einfach auf die eigenen Positionen konzentrieren, diese begründen und damit deutlich machen, dass wir durch einen politischen Diskurs unter Beibehaltung unserer Werte auf einem besseren Weg sind Demokratie und Rechtstaatlichkeit zu erhalten.

Aus meiner Sicht ist es natürlich falsch Probleme, die die Bevölkerung als solche wahrnimmt und für dessen Lösung sie politische Antworten erwartet fortgesetzt zu negieren. Dies gilt unter anderem für die Probleme bei der Integration nicht hier geborener Menschen. Ebenso falsch ist es aber selbst auf einfache Antworten, die mit unseren Werten nicht mehr immer in Einklang zu bringen sind zurückzugreifen, um der Bevölkerung deutlich zu machen, dass es keiner neuen politischen Kraft bedarf um die genannten Probleme zu lösen.

Richtig wäre es den Menschen deutlich zu machen, dass es selbstverständlich Aufgabe der Politik ist allgemein wahrgenommene Problemstellungen zu erkennen und zu beseitigen, aber gleichzeitig durch eine differenzierte Sicht der Dinge deutlich zu machen dass es in keinem politischen Feld einfache Pauschallösungen gibt, um diese Probleme aus der Welt zu schaffen.

Diese sachliche Herangehensweise wird in einem sich immer mehr verschärfenden Wettbewerb der politischen Parteien und ihrer Positionen naturgemäß immer schwieriger. Am leichtesten, das ist mir durchaus bewusst, hat es in dieser Diskussion ein Bürgermeister, der eben nicht gefühlt in jedem Jahr in einen Wahlkampf gehen muss um möglichst mehr Menschen von seiner Arbeit zu überzeugen als dies beim letzten Mal der Fall war.

Dazu kommt, dass wir für die Lösung der meisten genannten Probleme auf der kommunalen Ebene gar nicht zuständig sind und deshalb auch leichter darüber urteilen können. Auch dies ist mir bewusst. Aber gerade deshalb sind wir Kommunalen vielleicht auch diejenigen die den objektivsten und direktesten Blick auf die Dinge haben.

An dieser Stelle wiederhole ich gerne, was ich in den letzten Jahren immer wieder gesagt habe. Alle Bundes- und Landtagsabgeordneten unseres Wahlkreises arbeiten ausgesprochen konstruktiv und kooperativ mit den Kommunen zusammen und ausnahmslos alle sind an Problemlösungen interessiert und arbeiten im Interesse der Bevölkerung hart daran.

Wer die Demokratie wirklich erhalten möchte, der muss deutlich machen, dass das Ringen um Ergebnisse und die Diskussion schon das Ziel sind. Ganz im Sinne dessen, dass der Weg oftmals das Ziel ist. Nicht jede Diskussion ist ein Streit und man sollte sie auch nicht als einen solchen darstellen. Um politisch diskutieren zu können muss man aber auch **alle** Meinungen zulassen. Dies ist bei uns Gott sei Dank der Fall. **Noch !**

Das muss auch so bleiben. Das sei vor allem in Richtung derjenigen gesagt, die immer wieder versuchen andere Meinungen zu unterdrücken oder gar als unzulässig darzustellen, bspw. gegenüber politisch Andersdenkenden, Menschen anderer Herkunft, anderer Religionszugehörigkeit, anderer Hautfarbe, anderer sexueller Neigungen, anderer Lebenseinstellungen. All das was nicht deren selbst festgelegter Norm genügt soll zurückgedrängt, negiert, manchmal sogar verboten werden.

Dies alles entspricht keinem Demokratieverständnis und damit auch nicht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Ich möchte dies am Begriff der „Toleranz“ aufzeigen.

Wenn kein Sachargument gegen etwas spricht und nur das Bauchgefühl rebelliert, weil man sich beim Anblick von Menschen, oder bei der Wahrnehmung von Dingen unwohl fühlt muss man die Sache oder den Menschen nicht unbedingt mögen aber man muss es oder sie tolerieren. Das ist in einer offenen, liberalen und demokratischen Gesellschaft eine zwingende Notwendigkeit.

Mir ist dies beispielsweise bei der sogenannten „Stadtbilddiskussion“ wieder bewusst geworden. Ich kann menschlich nachvollziehen, dass manche Situationen, denen man in unseren Städten begegnet kein fröhliches und schönes Gefühl auslösen.

Dort wo Sachargumente gegen die Tolerierung dieses Zustandes sprechen, wie beispielsweise die Tatsache, dass Straftaten, oder Ordnungswidrigkeiten begangen werden, da wo es um Verschmutzung, um Lärm oder Schlimmeres geht, muss und darf man diese Situation auch nicht tolerieren.

Viele Menschen haben den bekannten Satz unseres Bundeskanzlers aber so wahrgenommen, dass es dabei auch um das bloße Bild, dass bestimmte Menschen vermitteln geht. Das hat er ganz ausdrücklich so nicht gemeint und zwischenzeitlich auch klar gestellt.

Aber an diesem Beispiel sehen wir, wie gefährlich pauschale Äußerungen sind, wenn wir sie nicht umgehend richtig einordnen. Dann fühlen sich

plötzlich die Menschen in ihrer Haltung bestätigt, denen es eben um die Beseitigung bloßer subjektiver Störgefühle geht. Solche Störgefühle sind aber ganz grundsätzlich in einer freiheitlichen Gesellschaft auszuhalten. Man nennt dies „Toleranz“. Beseitigen wir die Notwendigkeit in unserem Alltag tolerant zu sein, stirbt die Demokratie.

Wir alle sollten, ohne jede Schuldzuweisung, an diesem Beispiel feststellen wie wichtig in jedem Fall der achtsame Umgang mit Sprache ist. Das genau unterscheidet uns auch von anderen, die ständig unachtsam, leichtfertig und oftmals sogar bewusst falsch mit Sprache umgehen, um damit ganz gezielt bestimmte, gegen die Demokratie gerichtete Strömungen in unserer Bevölkerung zu unterstützen und zu befördern.

In diesen Fällen gilt dann der alte Satz von Carlo Schmid: „Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen um sie umzubringen.“

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft macht's also, nicht die Einfalt. Und das Thema Vielfalt bringt mich zu dem von ihnen schon erwarteten „Vogel des Jahres“.

Denn das Rebhuhn steht auch für die Vielfalt auf unseren Feldern.

Das Rebhuhn ist ein klassischer Kulturfolger und hat sich auf den nicht intensiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen immer wohl gefühlt, weil es dort eben eine entsprechende Pflanzenvielfalt gab die ihm, der sich vorwiegend pflanzlich ernährt eine reichhaltige Auswahl von Pflanzenteilen, oder Samen, aber eben auch in Einzelfällen kleineren Insekten geboten hat. In der heutigen, ausgeräumten Agrarlandschaft hat das Rebhuhn weder Nahrungsvielfalt noch Schutzräume in denen es sich aufhalten und brüten kann.

Deshalb sind die Bemühungen um eine extensivere Landwirtschaft, die Einrichtung von Blühstreifen und Inseln innerhalb der Ackerflächen, die von den Rebhühnern genutzt werden können so besonders wichtig, um den seit dem Jahr 1990 stark eingebrochenen Bestand wieder stabilisieren zu können.

Noch in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts galt das Rebhuhn als ein sehr verbreiteter Brutvogel mit zum Teil beträchtlicher Dichte im Albvorland. So wurden allein in einem Rechteck von 1 mal 2 km Ackerfläche bei Dettingen unter Teck 19 singende Hähne gesichtet und auch in Wendlingen am Neckar war das Rebhuhn zu dieser Zeit noch weit verbreitet. Heute ist der Bestand so stark eingebrochen, dass seit Jahren kein Vogel mehr auf unserer Gemarkung gesichtet werden konnte.

Dabei hätte der Erhalt des Rebhuhns auch für den Menschen durchaus positive Wirkung.

Denn schon der Gelehrte Plinius wusste von der Heilkraft des Rebhuhns zu berichten. So schrieb er: „Bei zerstoßenen Augen hilft die Galle der Rebhühner mit ebenso viel Honig.“

Durch Rebhühnerbrühe wird der Magen gestärkt, auch der Magen des Rebhuhns allein, zerrieben in schwarzem Wein ist bei Darmgicht dienstlich.“

Und noch weit bis in unsere Zeit hinein schrieb man Rebhuhneiern eine besondere Wirkung zu: so sollten unfruchtbare Frauen solche Eier essen damit dies übel bald behoben sei. Auch gegen Erkältungen soll die Galle des Rebhuhns und auch dessen Blut hilfreich sein. Ganz besondere Kraft schrieb man auch in Frankreich verschiedenen Körperteilen der Vögel zu: So soll die Galle des Rebhuhns das Gesicht stärken und diese mit gleichen Teilen Honig vermischt Quetschungen der Augen heilen. Das haben wir ja auch schon von Plinius so gelernt.

Das Gedächtnis soll dadurch geschärft werden, dass man die Galle des Rebhuhns auf der Schläfe verreibe und zwar alle Monate einmal, so bekomme man ein sehr gutes Gedächtnis.

Wenn Rebhühner noch im August brüten, soll dies ein Vorzeichen für einen warmen und trockenen Herbst sein. Noch im 17. Jahrhundert war man in Frankreich davon überzeugt, dass ein Kranker, der auf Rebhühnerfedern liegt nicht sterben könne.

Viele gute Gründe also das Rebhuhn wieder mehr unter Schutz zu stellen und der extensiven Landwirtschaft mehr Raum zu geben.

Wie in allen Fällen, in denen wir von unseren Landwirtinnen und Landwirten erwarten, dass sie zulasten einer optimalen Ernteausbeute und zugunsten einer größeren Diversität in unserer Natur Verzicht üben sollen, müssen wir uns aber als erstes an unsere eigene Nase fassen und uns immer wieder fragen, ob wir denn bereit sind, die eventuell dadurch höheren Preise auch tatsächlich zu akzeptieren. Wie fast immer fällt also das Beklagen von Situationen mit denen wir nicht glücklich sind auf uns selbst und unser eigenes Verhalten zurück.

Die aktuellen Preisseigerungen bei Lebensmitteln sind im Übrigen ganz ausdrücklich nicht durch die Landwirtschaft verursacht, dies sei zur Klarstellung deutlich gesagt.

Diese gehen wieder mal auf das Konto von Autokraten, oder denen die es werden möchten, die entweder Nachbarländer überfallen, oder die Welt mit Zöllen überziehen. Warum es bei uns immer noch Menschen gibt, die trotz

dieser ganz konkret negativen Auswirkungen Bewunderung für diese Staatenlenker aufbringen erschließt sich mir nicht.

Lassen Sie mich zum Ende deshalb noch mal darauf zurückkommen, warum es grundsätzlich immer im Interesse einer Mehrheit der Menschen sein muss, dass um die richtige Meinung gerungen, debattiert und diskutiert wird und warum dies in aller Regel eben kein unproduktiver Zustand des Streites ist.

Einfache Antworten dienen in aller Regel nur einzelnen Interessensgruppen. Wir sind in unserer Vielfältigkeit und in unserer Diversität schon von Hause aus darauf angelegt Individuen zu sein, mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen, Fähigkeiten und Bedürfnissen, die niemals in der Mehrheit durch einfache Antworten befriedigt werden können.

Das Wesen der Demokratie besteht darin um diese Mehrheitsmeinungen stetig zu ringen. Noch mal: auch in diesem Fall gilt: „Der Weg ist das Ziel.“

Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach auf den „Anderen Adventskalender“ hingewiesen, dessen Zitate mich immer wieder neu nachdenklich machen. In diesem Jahr war es ein Zitat des Mathematikers, Physikers Literats, Erfinders und christlichem Philosophen Blaise Pascal der in seiner Schrift: „Über die Religion und über einige andere Gegenstände“ in Bezug auf Jesus gesagt hat:

„Tröste dich, du würdest mich nicht suchen, wenn du mich nicht gefunden hättest.“

Auf unsere politische Diskussion übertragen bedeutet dies: Wenn wir die Demokratie nicht längst gefunden hätten, wären wir nicht auf der stetigen Suche nach ihr. Und wenn wir uns dieses bewusst machen stellen wir fest, dass das was wir als lästig, als unproduktiv, als zu langatmig, als zu wenig entscheidungsfreudig empfinden genau das ist, was wir suchen: nämlich eine lebendige Demokratie. Alles andere wäre dann eine andere Staatsform, die ich mir in Deutschland, oder in Europa nicht vorstellen möchte.

Das Wort des Jahres 2025 lautet „KI-Ära“. Da bietet es sich an einmal zu schauen, was die KI bei Google von der Demokratie hält. Dabei findet man Folgendes:

„Als künstliche Intelligenz habe ich keine persönlichen Meinungen, Überzeugungen oder Präferenzen. Ich bin darauf ausgelegt, neutral und objektiv zu sein und Informationen über verschiedene Themen, einschließlich verschiedener Staatsformen, bereitzustellen [4, 5].

Die Demokratie wird von vielen Menschen weltweit als wertvolle Staatsform angesehen, da sie Prinzipien wie Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte und die Möglichkeit zur politischen Teilhabe und freien Meinungsäußerung betont [1, 2].

Es gibt jedoch auch Argumente, die in politischen und philosophischen Debatten diskutiert werden, die sich mit potenziellen Herausforderungen oder alternativen Perspektiven auf demokratische Systeme befassen [3]. Meine Aufgabe ist es, Ihnen ausgewogene Informationen zu liefern, die auf Fakten und allgemeinen Kenntnissen basieren, damit Sie sich eine eigene Meinung bilden können.“

Die Menschen wiederum haben eine klare Meinung. Aktuell halten je nach Umfrage ca. 80-90 % der Deutschen die Demokratie für die beste Staatsform.

Dessen eingedenk gibt es kaum eine hoffnungsfröhlichere und zuversichtlichere Botschaft wie ich meine und deshalb schließe ich diese Rede wie ich sie begonnen habe. Ich freue mich mit Ihnen zuversichtlich und hoffnungsfröhlich in ein neues Jahr gehen zu dürfen und erneut zu ringen, zu schimpfen, zu freuen, zu hoffen, zu glauben, zu lieben und zu leben oder wie mir in diesen Tagen ein guter Freund wieder in Erinnerung gerufen hat und wie es der Vater von Marcel Reif einmal zu ihm gesagt hat, als das was ihm, der so unendlich viel Leid erlebt hat im Leben wichtig erschien ist: "Sej a Mensch"

Vielen Dank.